

Arbeiter-Zeitung

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Telefon 6002. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend.“

Verlag u. Druckverlag Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Telefon 5407. Postfachkonto Ernst Nr. 11098

Abrechnung: Durch Postämter zweimal monatlich 600 Mk. einschließlich Frachten. Für Halle 550 Mk. Durch Postämter in Vierteljahre 12.—; monatlich 600 Mk. einschließlich Frachten.

Halle, Montag, den 4. Juli 1921

Abrechnung: Im originalen Manuskript hat das Manuskript 20 Bl. einschließlich Rahmen in der Gesamtzahl 250 Bl. Zahlung der Abrechnungsumme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Es wird Frieden!

Der amerikanische Senat hat nun endlich eine Resolution, die den Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten für beendet erklärt, angenommen. Unmittelbar nach der Annahme dieser Resolution und ihrer Unterzeichnung durch den Präsidenten sollen die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland aufgenommen werden. Damit verschwinden die letzten Hindernisse für den Frieden. Damit verschwinden die letzten Hindernisse zwischen den beiden Ländern entgegenstanden, und Deutschland wird zu Amerika in das alte Verhältnis treten wie irgendein anderer Staat Europas.

Die Vereinigten Staaten haben betamäßig im Völkerbund nicht Platz genommen, das bedeutet aber nicht, daß sie sich an den europäischen Angelegenheiten desinteressieren. Sie können sich schon deshalb nicht, weil sie mit Europa am stärksten wirtschaftlich verknüpft sind. Wie es heißt, weigern sich die amerikanischen Banken, die von Deutschland auszugehenden Reparationsbonds in aller Form auf den amerikanischen Anleihemarkt aufzunehmen. Trotzdem ist damit zu rechnen, daß sehr viele amerikanische Bürger im Laufe der Zeit infolge ihrer wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland in den Besitz solcher Bonds gelangen werden, und daß Amerika auf diese Weise an dem Reparationsproblem immer stärker interessiert wird. Auch politisch hat ja Amerika seinen Einfluß auf die europäischen Dinge nicht aufgegeben, da es sich seinen Platz im Obersten Rat der Entente vorbehalten hat. Nur sein Völkerbund in seiner jetzigen Gestalt will es nichts wissen.

Da nun Amerika in Europa nur kommerzielle und gar keine machtpolitischen Interessen zu vertreten hat, ist von ihm zu erwarten, daß es seine Politik, die den Frieden fördert, allenthalben unterstützen wird, nicht aus besonderer Liebe für das kranke Deutschland und auch nicht aus positiver Besorgnis, — obwohl diese in Amerika vielleicht tiefer und edler ist als in irgendeinem anderen Lande, — sondern aus rein geschäftlichen Interessen. Ein Deutschland, das den Frieden und die Demokratie will, und ein Amerika, das in Europa seine wirtschaftlichen Interessen wahrnimmt, sind natürliche Verbündete.

In der französischen Presse machen sich Anzeichen dafür bemerkbar, daß die französische Regierung sich endlich mit dem Gedanken befaßt, die beschränkten Sanktionen aufzuheben. Es ist hier schon des öfteren auseinandergelegt worden, daß jede französische Regierung, die ihr Land vor einer schweren diplomatischen Niederlage bewahren will, dazu kommen muß, die Sanktionen von sich aus aufzuheben. Der Friedensschluß zwischen Amerika und Deutschland wird den notwendigen Grundstein für die französische Regierung erleichtern. Schon jetzt wird aus dem besetzten Westen gemeldet, daß bedeutende Truppenverschiebungen nach Südwests stattfinden. Wird Duisburg, Düsseldorf, Ruhrort geräumt, fällt die ganze Zone frei, werden die Truppen in dem besetzten Gebiet auf ein erträglicher Maß vermindert, so ist unklar, wo viel erreicht, was zur Schaffung eines beruhigten Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich notwendig ist.

Auch in Oberösterreich ist eine Besserung der Lage eingetreten. Die Aufstandsbewegung ist zum Abklingen gekommen, und die Verhältnisse sind damit sehr gewonnen für den Schiedsspruch des Obersten Rates, dem man nicht nur in Deutschland und Polen, sondern auch in dem ganzen übrigen Welt mit größter Spannung entgegenfieht. Es liegen Gründe vor, anzunehmen, daß dieser Schiedsspruch für Deutschland etwas günstiger ausfallen wird, als er noch vor wenigen Wochen ausgefallen wäre.

Das Gefühl der Gerechtigkeit für das gelagerte Deutschland oder richtiger die Einsicht, daß man Deutschland nicht auf die Dauer nach rein militärischen Gesichtspunkten behandeln kann, macht in der Welt rasche Fortschritte. Man darf hoffen, daß die sogenannte Sorzovina mit dem Grafen Sforza selbst gefallen ist, und daß in den Verhandlungen der italienischen Regierung die öffentliche Meinung durchsetzen wird, die das allzu geistliche Entgegenkommen des bisherigen Außenministers an die polnisch-französischen Wünsche klar verurteilt. Auf alle Fälle darf man daran erinnern, daß nach der ursprünglichen Absicht der Entente ganz Oberösterreich ohne die Bestimmungen an Polen fallen sollte und daß die Regierungen der deutschen Republik den oberösterreichischen Boden gegen die polnischen Wiederaufnahme des Schiedsrichters nicht verweigern dürfen, das alles, was uns von Oberösterreich bleiben wird, gleichsam wiedererobertes Gebiet ist. Sätten wir in Deutschland noch das Kaiserreich Wilhelm II., so wäre ganz Oberösterreich noch längst zu Polen gefallen.

Durch die Entscheidung über Oberösterreich wird ein

Rechtbar, der politischen Republik, möglich, und es soll jetzt schon gesagt werden, das wir dieses friedliche Zusammenleben wünschen und anstreben. Sant und Streit hätten gar keinen vernünftigen Zweck, wir wollen das, was wir an Polen verloren haben, herab nicht wiedergewinnen und auch die Lage unserer deutschen Stammesgenossen in Polen nicht verbessern, sondern nur verschlechtern. Friedliches Zusammenarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet verleiht dagegen beiden Völkern Vorteil: den größeren die Arbeit in Polen, das zu seiner wirtschaftlichen Aufzucht der Mitarbeit Deutschlands dringende bedürftig ist, aber auch keinen geringen für uns, da der gesamte Osten, zu dem Polen die

Bride bildet, für uns von ungeheurer Bedeutung ist. So läßt sich auf keinen Fall leugnen, daß die Bedürfnisse in Europa eine Besserung zum Besseren genommen haben, daß sich der Friedensschluß nicht. Neue Kriege werden überhaupt ausbleiben, zumal der Vertrag von Versailles für die Feststellung eines wirklichen Friedens eher ein Hindernis als Werkzeug ist. Aber wäre es auch nur eine Erholungsphase, so könnte die deutsche Sozialdemokratie doch eine gewisse Genugtuung darüber empfinden, daß es ihrer Arbeit mitgegangen ist, die herbeigeführt.

„Mont Genis“ vor dem Reichstag.

129. Sitzung. Sonnabend, 2. Juli, 11 Uhr vorm.

Eine kommunistisch-unabhängige Interpellation über die Aufhebung des Schwerkriegs-Beschlagnahmengesetzes Charlottenburg wird, wie Reichsarbeitsminister Dr. Braun mitteilt, in der nächsten Sitzung des Reichstages beantwortet werden. Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Vorlagen kommt der Reichstag dann zur Interpellation Zambusch (Str.), Rosenmann (USP.) über

das Grubenunfallgesetz der Zeche Mont Genis.

Abg. Zambusch (Str.) begründet die Interpellation. Die Zeche Mont Genis hat Gasstöße. Die Explosion erlöschte sich auf der fünften Sohle. Die Flammen löschte auch durch die Stachel nach unten und durch die Querschläge. Alle Unfallsfälle sollen sich im Bergbau nicht vermeiden, aber solche Unfallsfälle müssen verhindert werden. Ich bedaure, daß im Falle Mont Genis eine gemaltige Robbenerektion vorliegt. Der allgemeine Zustand des Bergbaus war gut. Aber die Grube hat auch ihre Tade. Wiederlich sind Schlagwetteranfälle am 1. August festgestellt worden. Bedenklich stimmt mich, daß seit März keine Arbeiter mehr festgehalten sein sollen. Der Rechner verweist darauf, daß nachläufige Ergebnis der Untersuchungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Es ist möglich, daß bei den Aufklärungsarbeiten noch weiteres Material zutage tritt. Es hat keine Schlagwetterexplosion, sondern eine Robbenerektion hatte, welche durch einen Schuß eingeleitet worden ist. Zur Verhütung ähnlicher Unfallsfälle muß vor allem einem praktischen und theoretische Ausbildung der Bergleute gefördert werden. Eine gründliche Durchprüfung der gesamten Bergbauvorschriften ist anzustreben.

Abg. Fiebert (USP.): Es ist ein trauriges Kapitel im Bergbau, das trotz der Fortschritte der technischen Wissenschaft die Zunahme der Unfälle nicht verhindert werden. Jetzt verliert man von verschiedenen Seiten die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen, z. B. in einem Artikel der Bergwerkszeitung. Gegen solche Unterstellungen protestieren wir energisch. Die Unfälle sind anders zu suchen. Der Krieg brachte eine ganze Forderung der Bergbauwissenschaften. Die Bergbauwissenschaften meines Vordemers für die Betriebsrat ist, daß die Einsicht von der Wichtigkeit der Betriebsrat langsam durchsetzt. Wir erwarten eine baldige zweckentsprechende Änderung des gesamten Betriebsratgesetzes. Den Betriebsrat muß unbedingt eine Zentralgewalt einbestimmt werden. (Beifall d. S.)

Reichsarbeitsminister Dr. Braun: Die technisch-bergmännliche Prüfung des Unfalls ist nur Sache der preussischen Bergverwaltung. Ihr Vertreter wird ihnen die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen darlegen. Die freiwillige Selbstdisziplinierung kann im Bergbau naturgemäß weniger als anderwärts entwirrt werden. Es hat in der Kriegszeit und Revolutionszeit eine praktische Erfahrung sehr geübt, und sie läßt auch heute noch zu wünschen übrig. (Zuruf: Viel zu wünschen!) Insbesondere tritt ein gewisser Leichtsinns auch den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen gegenüber zutage. Eine Erhöhung der Unfallstrafen ist aber leider noch nicht zu vermeiden. Die Lage vor der Katastrophe von Betriebsratmitgliedern befahren worden, ohne daß ein Anzeichen von Gefahr festgehalten wurde. Die Reichsregierung wünscht die tatkräftige Mitwirkung der Betriebsräte bei der Unfallverhütung. Eine Erweiterung der Bestimmungen des Betriebsratgesetzes scheint uns nicht erforderlich zu sein.

Vizepräsident Kommerzienrat Siefert gibt eine ausführliche Darstellung der Betriebsverhältnisse auf der Zeche Mont Genis. Rufen über die Beteiligung sind nicht bekannt geworden. Eine amtliche Betriebsratkommission mit dem Befund der Bücher überein. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, weiteren Unfällen vorzubeugen: Besserung des Entenoffices und Besserung der Lampen. Auf dem Gebiet wird energisch weitergearbeitet.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. R. G. Dillendorfer (Dn.): Der parlamentarische Untersuchungsausschuss hat einen Bericht. (Beifall.) Wir erwarten die Untersuchungen seitens der Bergbehörden ab und wenden uns dagegen, daß aus dem Unfall politisches Kapital geschlagen wird.

Abg. Winkelfeld (D. W.): Der Betriebsrat der Zeche, der kommunistisch ist, hat protestiert, daß alles, was auch die Bergbauverwaltung in Dabau gemacht ist. Die Bergbauwissenschaften

Vorschriften können manchmal beim besten Willen nicht in die Ausführung kommen (Z. D. R.). Reines Willens ist das Unglück durch einen Dynamitstich entstanden, nicht durch eine Schlagwetterexplosion. Nach der Revolution ist die Disziplin auf der ganzen Linie sehr gelockert, auch im Bergbau. (Zuruf links: Auch bei der Bergpolizei!) Seitens der nichtkommunistischen Arbeiter ist beantragt worden, bei der Vernehmung über das Unfälle den kommunistischen Betriebsrat auszuscheiden. Sie gehen also (auch links), was die Arbeiter von ihrer Auffassung haben.

Abg. Janshoff (Cos.):

Im letzten halben Jahre hat der Tod reiche Ernte unter den Bergleuten geerntet, die Zahl der Unfallsfälle ist erschreckend. Die Schuld trifft nicht nur die Arbeiter, aber man darf auch nicht lassen, sie trifft nur die Arbeiter. Wir können sich aber so genannten Arbeitervertreter hinstellen und behaupten, daß Untersuchungsberichte überflüssig sind. Die Hauptschuld liegt in dem Treiberbereich, man treibt die Bergleute zu sehr an, ein bestimmtes Quantum an Kohlen zu fördern, ohne Rücksicht auf die entsetzlichen Gefahren. Solche Maßnahmen, wie die der letzten Zeit, wären unmöglich, wenn die bestehenden Vorschriften ausgeführt würden. Was nützen aber die schönsten Vorschriften, wenn sie nur auf dem Papier stehen. Soweit die Untersuchungen bis jetzt gegeben sind, wurden viele Fehler in technischen Betrieb entdeckt. Natürlich wurde von der Bergverwaltung verlangt, diese Fehler richtigzustellen, was die Bergleute nicht immer zu tun vermochten. Die Bergbauverwaltung soll die Bestimmungen des Bergbaugesetzes erst nach der Katastrophe eingearbeitet. (Beifall links.) Ein Bergbauarbeiter erklärt, daß die Streikentwässerung seinen Wert ist. Wir betonen, wobei dieses Urteil kommt. Während drückende Bergleistungen durch die Dauer leicht ausgeübt werden müssen, wird für die Streikentwässerung die Anstellung eines eigenen Betriebsleiters notwendig. Es wurde behauptet, daß das Verfahren mit Steinkohle besser wäre, aber man hat auch dieses Verfahren nicht angewendet, weil überhaupt die Betriebsleitungsanforderungen nicht eingehalten wurden. Seit dem Oktober 1919 wurden, wie der Führer erklärte, 24 Arbeiter über die Bergbauverwaltung eingearbeitet, ohne daß ich im Weiteren darüber eine Eintragung fand. (Beifall, Beifall.) (Zuruf links: Wo blieb der Betriebsrat?) Ich bin Anhänger der Betriebsräte, aber die Betriebsräte können nicht wirken, wie sie wollen und mühen; es muß ihnen unbedingt die nötige Vollgewalt übertragen werden. Insofern der Bergbau ist es, die Bergleute, die zum größten Teil gewerkschaftsgemäß abgestimmt sind, auf die großen Gefahren ihres Bergbaus aufmerksam gemacht zu haben. Zur Aufklärungsbehörde haben wir nicht das geringste Vertrauen, denn die Aufklärungsbehörde ist nicht kompetent. Die Betriebsräte müssen ausreichend mit Kenntnissen ausgestattet und ihnen Befugnisse in dieser Richtung zugänglich gemacht werden. Ueber allen Parteinteressen muß unser aller Gewissen stehen, das uns liebste, dafür zu sorgen, daß die Möglichkeit weiterer schwerer Unfallsfälle beseitigt wird. Dessen Sie in diesem Gesetze mit, sonst haben Sie eine schwere Mitschuld an dem Unfälle. (Beifall links.)

Abg. Siefert (Dem.): Wir müssen uns einer energiegelosten Stellennahme vor Wählern der Untersuchungen enthalten. Die Gefahr weiterer Unfälle im Bergbau muß durch gründliche Ausbildung und Fortbildung jedes einzelnen gemindert werden. Das Bild, das der letzte Reichstag bei dieser wichtigen Beratung bietet, ist nicht erheben. Der Reichstag hat zur Stelle zu sein, wenn es sich um ein nationales Unfälle von solcher Bedeutung handelt. (Beifall.)

Abg. Zambusch (Str.): Nur der harte Kampf, der den niedrigen Löhnen eine gewisse Menge Kohlen zu fördern, mit den Bergleuten nicht immer alle Sicherheitsmaßnahmen beobachtet. Auf der Zeche Mont Genis hat es an manchen normativen Beobachtungen gefehlt. Der Betriebsrat hat das auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir verlangen eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit auf jede Stunde, weil die Bergarbeiter in ihrer schweren Situation unmöglich mehr leisten können. Die Bergbauverwaltung hat die Möglichkeit, die Bergarbeiter zu beschäftigen, die die Bergbauverwaltung treffen. In der Untersuchung der Betriebsräte mühen sie mit fördern! Er hat die seine Meinung.) Die Bergbauverwaltung kann sich nur von dem Gesamtstand der Grube überzeugen. Die Grube haben sich nur auf die Arbeitslosigkeit, sondern auch auf die Arbeitslosigkeit zu achten.

Abg. Schwatzer (S. W.): Wir verlangen von der Regierung, daß zur Vermeidung solcher Unfälle energische Maßnahmen ergriffen werden.

Abg. Jäger (S. W.): Bei den Betriebsunfällen kommt es auf sorgfältige Ausbildung und energische Betreibung der Arbeiter an.

Abg. Klemm (Unabh.): Im Ausgange gibt es kaum zwei Schweißmeister, die außer dem Schweißnagel auch noch feinerarbeiten anführen können, wie ja übrigens auch der überlebende Schweißmeister nach dem Abgange aus dem (S. W. hört) keine Schweißmeister mehr an, die entgegen der Behauptung der Arbeiter, die Schweißnagel nicht allein setzen können, um das Unglück zu verhindern.

Damit ist die Interpellation erledigt. Nach Annahme einiger Nachtragsätze endet die Sitzung.

Etat des Reichserwerbsministeriums

Abg. Dr. Berg (Unabh.) gegen den Vorschlag für die Ministerbestimmung. Die Ministerbestimmung hat ihren Zweck, die Bekämpfung des Straßendiebstahls zu ermöglichen.

Abg. Dobrich (D. Sp.): Die Bitte um die Ministerbestimmung im Hinblick auf die bevorstehende Wahl ist nicht gewillt, noch länger zurückzuführen zu sein.

Reichserwerbsminister Dr. Berg: Die Ministerbestimmung dient nicht nur der Bekämpfung des Straßendiebstahls, sondern auch dem Ausbau der Schmelzindustrie und hat dem Reich viel Geld eingebracht. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt (Köpenick) (S. W.): Die Landwirte haben durch den Bau des verbleibenden Reiches ein sehr gutes Geschäft gemacht. Die Großgrundbesitzer verdienen es, sich Wais zu verschaffen, während die kleinen Landwirte arg bedrückt zu werden. Redner bringt dann zahlreiche Beispiele, daß das Viefisch in der Großgrundbesitzer um das Dreifache teurer ist als in der Hand der kleinen Bauern. Er fordert die Regierung, die kleinen Landwirte zu unterstützen, indem sie ihnen die Möglichkeit bietet, die großen Grundstücke zu kaufen. Er fordert die Regierung, die kleinen Landwirte zu unterstützen, indem sie ihnen die Möglichkeit bietet, die großen Grundstücke zu kaufen.

Reichserwerbsminister Dr. Berg: Es ist nicht meine Aufgabe, die kleinen Landwirte zu unterstützen, sondern die großen Grundbesitzer zu unterstützen. Ich werde mich für die Bekämpfung des Straßendiebstahls einsetzen.

Die Bestimmungen werden auf Dienstag verlegt. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Abwiderung der Kriegsgesellschaft, Hebergang der Wassertrassen auf das Reich, Amentenerhebung, Reichsversicherungsangelegenheiten, Gesetz über religiöse Mittelbeschaffung, Reichsgerichts.

Schluss der Parlamentsarbeit.

Der Geschäftsausschuss des Reichstages nahm den Beschluss des Untersuchungsausschusses über die Aufhebung der Ordnungsbefugnisse ohne wesentliche Änderung an. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses lautet: 1. verlegt ein Abgeordneter in großer Weise die Ordnung, so ist der Präsident berechtigt, ihn von der weiteren Teilnahme an der Sitzung auszuschließen. Der Abgeordnete hat auf Aufforderung des Präsidenten den Sitzungssaal zu verlassen. 2. Verletzt der Abgeordnete die Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, seine Folge, so wird die Sitzung unterbrochen. In diesem Fall zieht sich der Abgeordnete ohne weiteres den Ausschuss für die folgenden acht Sitzungen zu. Der Präsident stellt dies bei Beginn der nächsten Sitzung fest. 3. In besonders schweren Fällen kann der Ausschuss durch einen mit Dreiviertelmehrheit gefassten Beschluss von der Teilnahme an höchstens 15 Sitzungen des Reichstages ausschließen. Die Entscheidung des Ausschusses ist in der nächsten Sitzung zu verhandeln. 4. Ein Abgeordneter darf während der Dauer der Ausschlussung auch an Ausschüssen nicht teilnehmen.

„König Roble.“

Koman von Upton Sinclair.

(77. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Du, um Christi willen!“ brach Edward aus. Er schien seine Worte mehr finden zu können. — „Wißt du dich denn mit allem Leid der Welt beladen?“ Er schneit auf, packte Hal am Arm: „Junge, du mußt fort von hier.“

Auch Hal erhob sich schweigend, er schien zu schwanken, sein Bruder zog ihn in der Richtung der Tür. „Mein Automobil ist hier, in einer Stunde geht ein Zug.“

Hal erkannte, daß er seine Entschlossenheit befestigen mußte. „Wein, Edward, ich kann noch nicht fort.“

„Ich sage dir, du mußt mitkommen.“

„Ich kann nicht, ich muß diesen Leuten gegenüber mein Wort halten.“

„Großer Gott, was können dir diese Leute sein im Vergleich zu deinem eigenen Vater?“

„Ich kann dir nicht erklären, Edward. Seit einer halben Stunde spreche ich zu dir, ich glaube, du hast kein Wort gehört. Ich sehe diese Menschen gefangen in einer Falle — einer Falle, die auch ich durch mein ganzes Leben mitgemacht habe. Ich kann sie nicht drin lassen. Ich glaube, wenn Vater alles verstehen könnte, er würde mir recht geben.“

„Der andere machte einen leichten Versuch, seine Selbstbeherrschung zu wahren. „Ich will dich nicht einen sentimentalischen Menschen nennen. Beantworte mir doch eine Frage: Was kannst du für diese Leute tun?“

„Ich kann helfen — menschenwürdige Bedingungen zu erschaffen.“

„Unter Gott!“ rief Edward. „Ein Peter Harrigans Bruder? Weißt du denn nicht, daß er sie alle hinauswerfen wird, alle, jeden einzelnen, die ganze Stadtbevölkerung, wenn es nottut?“

„Beliebt“, erwiderte Hal. „Wenn ich aber die Leute in den anderen Straßen anschauen — die große Werkschicht — um sie zu helfen.“

„Du träumst, Hal, redest wie ein Kind. Ich habe mit dem Oberaufseher gesprochen, er hat alles telegraphisch an den alten Vater berichtet, die Antwort ist auch schon da, er wird gewiß bereits Schritte unternommen haben.“

„Schritte unternommen?“ wiederholte Hal. „Was willst du damit sagen?“ Hal plötzlicher Angst starrte er den Bruder an.

Die Frage, ob dem Abgeordneten die Diäten entzogen werden sollen, wird einer Änderung des Diätengesetzes vorbehalten bleiben müssen.

In der vorausgehenden Aussprache wies Abg. Kay (Komm.) die Neuzugänge als Ausnahmegegner gegen die Kommunität zurück. Diese würden sich nicht abhalten lassen, ihre Ziele weiter zu verfolgen. (Das Parlament zu schließen. D. P. W.) Nicht die Kommunität, sondern die anderen Parteien erheben den Streit im Parlament. Die Kommunität würde das Volk darüber aufklären, daß die anderen Parteien mit Einfluß der SPD. danach streben, im Parlament Blutvergießen herbeizuführen. Die Kommunität würde gar nicht daran denken, das Haus zu verlassen; sie erwarteten, daß dann der sozialdemokratische Präsident die grünen Säbener herbeiführen werde. — Abg. Weyer-Berlin (U. S.) bemerkte, die Ordnungsbefugnisse würden nichts nützen und fügte hinzu, wir haben die Macht, ihnen sogar das Licht auszuschneiden. Für die Neuzugänge stimmten die Reichstagssozialisten und alle bürgerlichen Parteien.

Gehilfen-Unterstützungsgesetz.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages erklärte in der Freitag-Sitzung Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zur Frage der Erwerbslosenfürsorge: Die Regierung will der Geldentwertung und der teils eingetretenen, teils zu erwartenden weiteren Preissteigerung durch eine gewisse Erhöhung der Unterstützungsleistungen Rechnung tragen. Die Einzelheiten bedürfen noch näherer Prüfung und Erörterung mit den Vorschlägen. Nachdem die Redner der Parteien sich im wesentlichen zustimmend geäußert hatten, wurde beschlossen, der Erklärung der Regierung bezüglich einer Aufhebung der Unterstützungsleistungen für die Kurzarbeiter und Erwerbslosen zuzustimmen. Die Deutschnationalen erklärten sich der Meinung, weil sie der Stellungnahme ihrer Fraktion nicht vorgreifen wollten.

Wochenfürsorge und Wochenhilfe.

Der Reichstagsausschuss für Soziale Angelegenheiten beriet am Freitag den Gesetzentwurf über Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Danach wurde für weibliche Beschäftigte, die im letzten Jahre vor der Niederlegung mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherungsordnung oder bei einer inanspruchnahmlichen Krankheitsdauer versichert gewesen sind, folgende Wochenhilfe festgesetzt: 1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird. 2. ein einmaliger Betrag zu dem Kosten der Entbindung. 3. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 3 Mark täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage, für 10 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. 4. solange die Mütter ihren Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 150 Mark täglich, einchl. der Sonn- und Feiertage, bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Sofern nicht Tauschen, die Annahme rechtfertigen, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird, gilt eine Wöchnerin als minderbemittelt, wenn ihr und ihres Ehegatten Einkommen, ohne jedoch die Einkünfte der letzten Jahre vor der Entbindung den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt.

Preußischer Staatsrat.

8. Sitzung, Sonnabend, den 2. Juli 1921, 1 Uhr. Der Gesetzentwurf über Änderung der Verordnung betr. ein vereinfachtes Entgeltungsverfahren vom 11. Sept. 1914 wird angenommen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Ausbau von Wasserfällen der unteren Zuflüsse wird dieser auf Antrag des Zentrums an den Wirtschaftsausschuss zurückgewiesen, soll jedoch in der Nachmittags-Sitzung dem Reichstag nach der Ausbesserung vorgelegt werden. Bei der Beratung der Ausführungsbefugnisse zum Beamten diensteinkommengesetz vom 17. Dezember 1920 beantragt Freiherr v. Malahn (Arbeitsgemeinschaft) Zurückweisung an den Hauptausschuss. — Das Haus stimmt dem zu. Nachdem eine ganze Reihe Gesetzentwürfe angenommen worden sind tritt auf Beschluss des Reichstages eine Pause ein.

Nächste Sitzung: 4 Uhr: Die Ausführungsbefugnisse zum Beamten diensteinkommengesetz werden unverändert angenommen. — Die Regierungsvorlage liegt als Aufwandsfähigkeitsplan für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrates am Tagungsort oder außerhalb ihres Wohnorts im Tagelohn von 150 Mark vor. Ein Staatsratsmitglied gleichzeitig Mitglied des Reichstages, so werden ihm die Reichstagsgehälter angedreht. Der Hauptausgang des Staatsrates fordert für die Mitglieder besondere freie Fahrten und für den Präsidenten 30 000 Mark Aufwandsfähigkeitsplan. Staatsratpräsident Freund bezeichnete die Ausführungsbefugnisse als verfassungswidrig, während Tramm (Arbeitsgemeinschaft) die Verfassungsbedingungen nicht teilt. — Die Vor schläge des Ausschusses werden einstimmig angenommen. — Die nächste Sitzung dürfte in der zweiten Hälfte September stattfinden.

Befürchtungen der Deutschen Oberflächler.

Die vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften haben der Interalliierten Kommission eine Erklärung aus dem Wortlaut vom 1. Juli übermitteln lassen, in der sie ihrer Befürchtung Ausdruck geben, daß dieser Vorschlag nicht der Lösung dienen sei. Die Parteien und Gewerkschaften sind der Auffassung, daß die Waffen würden entweder veräußert, vergraben oder nach Polen transportiert. Sie wenden sich im Auftrag gegen den Annehmelich, der nur die Polen zu einem zweiten Aufstande ermutige, da er der Ansicht zum Durchbruch verheißt, für ähnliche Taten stets Straffreiheit zu erhalten. Sie stellen fernerhin folgende Forderungen auf:

Nach unserem Rechtsbewußtsein dürfte unter der Annahme nicht fallen: 1. der bisherige polnische Vizegouverneur Korfanty und die Mitglieder des Kollisionsausschusses, 2. die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Dis- und Kretskommandanten, unter deren Vertretung und auf deren Befehl Verbrechen und Vergehen verübt worden sind; 3. die Vorgesetzten und Befehliger der Feldgerichte der Aufständischen, die sich richterliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung sowie alle diejenigen Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angeeignet haben; 4. alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der Interalliierten Kommission gewesen sind, insbesondere die Kreisbeamten und die Beamten der Polizei Oberflächler und Spezialpolizei; 5. alle diejenigen Personen ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen gegen das Leben und das Eigentum begangen haben.

Eine polnische Kommission im Industriegebiet.

Bogum, 2. Juli. (U. S.) Eine polnische Kommission, die unter Führung des Sanrates Koman aus Polen in den rheinisch-westfälischen Industriegebiet entstanden worden war, hielt gestern in Bogum eine Besprechung mit den Vertretern der deutschen Gewerkschaften und der Presse ab, an der auch Vertreter der polnischen Berufsvereinigungen teilnahmen. Dandrat Koman teilte mit, die Arbeitervereine der Kommission habe überall sowohl bei den Streikverwandten in Bogum und Essen, wie auch bei dem Zehnerverband großes Entgegenkommen gefunden. Von irgendwelchen Ausschreitungen oder Massenaktionen von Polen sei nichts zu hören.

Der Fall Paul Müller.

Der Vorstand des Transportarbeiterverbandes hat sich in seiner Sitzung vom 1. Juli mit dem Verhalten des Leiters der Reichsleitung der Seeleute, Paul Müller-Samburg, in der Flaggensache beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, das Verhalten Paul Müllers aus scharfe Kritik zu rügen.

Paul Müller hat infolgedessen seine Funktionen niedergelegt und seinen Austritt aus dem Verbande erklärt.

Der volksparteiliche Redner in der Reichstagsdebatte hatte sich behauptet, Müller habe die ganze Organisation hinter sich. Der erste Untersuchungsausschuss des Reichstages wählte an Stelle des auscheidenden Reichsinneminister Dr. Gradnauer den Abg. Dr. Schäding zum Vorsitzenden, und beschloß, 14 Tage vor Beginn der Verhandlungen zusammenzutreten.

Hal sah Andropoulos herbeiziehen. Der Griechenhude hatte gesehen, wie man das Komitee aufsuchte; es waren ihrer neun gewesen. Andropoulos, ein Herrscher, Harry Burke, Marcell, Samuels, Ruffel, und noch drei andere, die am Abend vorher als Dolmetscher gedient hatten. Alles hatte sich so rasch abgeheilt, daß die Menge kaum zum Bewußtsein gekommen war.

Nun aber, da es ihnen klar geworden, waren die Leute außer sich vor Wut, erhoben geballte Fäuste, beschimpften vornehmlich die Beamten und Polizisten, die auf den Bürostufen standen. Schreie Märscher wurden laut.

Hal erkannte die Gefahr, er glück einem Manne, der eine glimmende Zündschnur beobachtete. Wenn denn sie benutzte diese polnische Horde der Führung, einer weisen, ruhigen, tätigen Führung.

Die Menge, seiner Menschenkenntnis bewußt werdend, umdrängte ihn gleich wilden Bienen; während umringeln sie ihn, noch hatten sie ihr Komitee verloren, doch war ihnen Joe Smith geblieben. Joe Smith? Kurzo für Joe Smith! Die Himmeln waren hellen es blieb wagen, den anzuhören! Sie schwenkten die Wägen, wollten ihn auf ihre Schultern heben, damit alle ihn sehen könnten.

Einige riefen, er solle reden. Hal strebte den Stufen eines nahegelegenen Gebäudes zu, Edward folgte, ihn an der Hand fassend. Edward wurde gerufen und gestochen, seine Würde verlor, doch verriet er seinen Bruder nicht. Da Hal die Stufen emporsteigen wollte, sagte ihm Edward beiseite zu: „Warte noch! Warte! Warte! Warte! Du bist noch zu jung.“

„Warte!“ rief er, „Warte!“ sagte er, „Warte!“

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Das Eindringen fremden Kapitals. — Das internationale Kapital. — Die Konkurrenz zur Ausbeutung der Petroleumvorkommen.

Beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft sind vielfach die Bedenken laut geworden, gegen das Eindringen fremden Kapitals in deutsche Unternehmen. Unzweifelhaft ist der Anteil, in deutsche Unternehmen bei dem ungünstigen Stand der Saldo ausländisches Kapital einzuführen, sehr groß. Es ist bekannt, daß es im südlichen Europa, namentlich in der Türkei, durch ausländisches Kapital zu beträchtlichen Fortschritten in der industriellen Unternehmung ausländische Kredite aufgenommen, um besonders für den Einkauf von Rohstoffen im Ausland eine günstige Finanzierung zu finden. Sehr umfangreich dürften auch die Aufkäufe sein, die in Sympathiepfandbriefen und städtischen Anleihen erfolgt sind. Gegen diese Entwicklung konnte sehr wenig unternommen werden, vielleicht nur in dem Interesse der Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft durchaus zu begründen. Die Industrie hat sich gegen fremdländischen Einfluß gewehrt, indem die Gesellschaften Vorzugsaktien ausgaben mit einem erhöhten Stimmrecht, so daß ausländische Beteiligungen an diesen Unternehmen keinen dominierenden Einfluß gewinnen konnten. Volkswirtschaftlich tritt bei solchem Übergehen deutschen Vermögens in ausländische Hände viel weniger die Ueberbreitungsgefahr in den Vordergrund, als das Bedenken, daß wir in fortgesetzter erheblicher Weise gegenüber dem Ausland in ein Schuldverhältnis kommen. Diese in ausländischen Börsen befindlichen Werte, deren Reinigung hier aufgebracht werden muß, verschlechtern unsere Zahlungsbilanz durch das Herausströmen der Warte nach dem Ausland. Eine objektive Betrachtung ergibt allerdings, daß die hier im Ausland von Ausländern erlangten Guthaben nicht schlechter als das Ausland selbst, sondern vielmehr wieder der deutschen Wirtschaft zugeführt werden. Es ist für den Ausländer vorteilhafter, aus seinen Guthaben hier Einkünfte zu ziehen, um in Warenverkehr die Realisierung seines Guthabens herbeizuführen.

Die Bedenken, die der Ueberbreitung des deutschen Vermögens entgegengebracht werden, erheben sich aus insofern übertrieben, als das Interesse des Kapitals, ganz einseitig von welcher Stelle es seine Interessen verfolgt, ein gleichmäßiges ist. Das Eindringen fremdländischen Vermögens kann im Ausland nur in höherem Maße das Interesse für die Erhaltung der Unternehmen auslösen, an denen das ausländische Kapital beteiligt ist. Jede Förderung eines inländischen Unternehmens muß aber zu gleicher Zeit auch uns zum Vorteil dienen. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß in Ländern mit einer so hohen Finanzwirtschaft ausländisches Kapital einströmt und seine Verwertung kaum möglich ist, wenn bei im schlimmsten Fall die Gesetzgebung als Mittel, Maßnahmen zu unterbinden, die etwa darauf gerichtet sind, der deutschen Volkswirtschaft zu schaden.

Als in ihrem jungen Jahren unsere Industrie eine starke Tendenz der Aufwärtsbewegung zeigte, beteiligte sich englisches Kapital fast an inländischen Unternehmen, ohne daß uns ein Schaden zugefügt wurde. Wir erlangten vielmehr eine nicht zu unterschätzende Hilfe in der Entwicklung unserer Naturkräfte, die der industriellen Ausbeutung nur erst in demselben Umfange überantwortet waren. Erkennt sei an die Beteiligung englischen und belgischen Kapitals im Bergbau und an die vielfachen Einrichtungen von Gasanstalten seitens englischer Unternehmen. Die Entwicklung hat dann den Lauf genommen, daß bei einer Erhaltung der Industrie und unserer Finanzwirtschaft der Einfluß ausländischen Kapitals nach und nach abgeklung wurde. Einen gleichen Vorgang konnte man in Rußland beobachten, wo deutsches Kapital die industrielle Entwicklung beeinflusst hat und bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege in seinem Einfluß wieder fast zu demselben Grade zurückgekehrt wurde.

Der internationale Charakter des Kapitals wird uns aus einigen Vorgängen der neueren Zeit wieder sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht. So ist die Margarinefabrikation zu einem erheblichen Teil unter den Einfluß ausländischer und heimischer Kapitals geraten. Der Konzern kontrolliert in Holland und England, wie bei uns, die Produktion.

Noch bedeutsamer ist die Gestaltung der internationalen Verquickung der Interessenten auf dem Gebiete der Ausbeutung der Petroleumvorkommen. Die beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt, die der amerikanische Trust eingenommen hat, ist stark erkünder durch andere Unternehmen, die in großzügiger Weise eine möglichst geschlossene Zusammenziehung der außerhalb dieses Trusts stehenden Interessenten zur Aufgabe hat. Die internationale Petroleumunion, eine Verquickung von deutschem, schweizerischem, tschechoslowakischem und französischem Kapital, zeigt uns, wie wenig nationale Gegensätze eine Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, gewinnreiche Unternehmungen auszubauen. Diese internationale Union besitzt Petroleumvorkommen in Galizien und Rumänien, weniger bedeutend in Deutschland. Die deutschen Unternehmen werden vor allem die Herstellung von

Mineralölen aus bituminöser Kohle betreiben. Es besteht ferner die Aussicht, in Argentinien die Unternehmungen, die dort für die Erschließung der Petroleumvorkommen tätig sind, mit in den Konzern hineinzuziehen.

Ein zweites großes Unternehmen tritt uns in der näheren Zukunft in Westrußland in Gestalt der Gesellschaft entgegen, die Petroleumvorkommen in Niederländisch-Indien, Ägypten, Rumänien, Nord- und Mittelamerika, Kalifornien, Mexiko und Sumatra im Besitz hat. Aufeinander besteht auch eine gewisse Verbindung mit den in Südrussland sehr bedeutenden Ölgesellschaften. Die Unternehmungen in Bezug, die von der russischen Regierung loyalisiert sind, unterhalten Beziehungen zu der niederländischen Gesellschaft, die ihnen Rohmaterial liefert und als Gegenwert Rohöl erhält. Die Verbindung in Deutschland mit diesem Konzern wird durch Unternehmungen, die Benzol- und Schmieröl-Produkte erzeugen und verkaufen, aufrechterhalten und durch die Mineralölwerke „Hessonia“ erweitert. Das Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft liegt zu einem erheblichen Teil in den ehemals österreichisch-ungarischen Ländern. In Jugoslawien wird gemeinsam mit der Regierung und dortigen Kapitalistenkreisen die Errichtung einer Petroleumgesellschaft betrieben, die in enger Beziehung zu dem Konzern steht. Das internationale Kapital erweitert sein Herrschaftsgebiet ohne Rücksicht auf nationale Zäunungen.

Steuer-Sorgen.

Auch wenn man, was bei dem Kabinett Birck ohne Zweifel zutrifft, durchaus bereit ist, die rüchelpatzen Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen, so zeigt diese Erfüllung immer deutlicher als eine Aufgabe, die kaum lösbar erscheint. Man braucht sich nur mit einigen wenigen Zahlen die finanzielle Situation Deutschlands zu vergegenwärtigen, um zu begreifen, was es heißt, diese Summe mit einer zusammengebrochenen Volkswirtschaft auszuführen. Wenn man bedenkt, daß der anfänglich auf 39 Milliarden geschätzte Nettobetrag des Rechnungsjahres 1920 auf 86 Milliarden stieg, daß von der Gesamtsumme am 31. Mai d. J. von 277,5 Milliarden Mark, nur 78,5 Milliarden jundiert sind, wenn man ferner in Betracht zieht, daß neben einem zuerst auf 33 Milliarden geschätzten Nettobetrag (der inzwischen 53,5 Milliarden groß geworden ist) noch 106 Milliarden Mark für Reparationsleistungen auszuführen sind, wie im Reichsrat erklärt wurde, so kann man die ungeliebten Sorgen erkennen, die nicht nur der gegenwärtigen Regierung, sondern auf dem ganzen deutschen Volke lasten. Nebenbei sei bemerkt, daß nicht ganz richtig ist, wie die im Reichsrat genannte Zahl von 106 Milliarden Mark für Reparationsleistungen im Rechnungsjahre 1921 errechnet worden ist, da die rund 3 Milliarden Gebühre Reparationslasten für das Jahr 1921 doch nur die Hälfte der genannten Summe in Papiermark ausmachen.

Es erscheint so, als ob über die wichtige Frage der Aufbringung all dieser Steuerumlagen im Reichskabinett vorläufig alles andere als Einigkeit besteht. Das geht schon daraus hervor, daß der Reichsminister, der als Finanzminister in der vergangenen Woche im Reichswirtschaftsrat einen kurzen feuerpolitischen Ueberblick gab, zugelegt hatte, in dieser Woche dem Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats einen Gesetzentwurf über die im Kabinett vorgelegene Aufbringung der Steuern vorzutragen. Daran sollte sich jedoch die Beratung im Reichswirtschaftsrat im einzelnen knüpfen. Herr Dr. Birck hat diesen Vortrag nicht gehalten; er hat ihn vielmehr bis zur nächsten Woche hinausgeschoben. Wie wir nun weiter erfahren, ist es noch keineswegs sicher, ob wir es dann vorgehen war, der Reichsminister am kommenden Dienstag oder Mittwoch im Reichswirtschaftsrat die angeforderten Darlegungen machen wird. Die Einhaltung dieser Disposition hängt sehr wesentlich davon ab, ob das Kabinett bis dahin zu einer (wenn auch nicht endgültigen) Entscheidung gelangt. So nötig das wäre, so wenig wahrscheinlich ist es. Es scheint so, als ob nicht nur demokratische Kreise, sondern auch solche des Zentrums dem Finanzminister allerdings Schwierigkeiten machen, während die Sozialdemokraten darauf bestehen, zunächst einmal locale Steuern auf den Besitz zu legen, wie irgend denkbar sei. Man sieht, daß es nicht leicht ist, unsere Steuerquellen zu heben; es wird der größten Anstrengung aller verantwortlichen Kreise bedürfen, wenn wir nicht bereits am Anfang unseres schweren Weges stehen bleiben sollen.

Der sächsische Landesparteitag und die Einigungsfrage.

Der vom 2. bis 4. Juli in Leipzig tagende Landesparteitag der Sozialdemokratie (S. P. D.) Sachsens hat Bedeutung auch über die Grenzen des Preussischen Sachsens hinaus. Zum ersten Male seit der ungeliebten Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung wird auf einer sozialdemokratischen Konferenz die Frage der Wiedervereinigung als ein hervorragender Punkt der Aussprache behandelt, und nicht nur behandelt, sondern auch einen tüchtigen Schritt vorwärts gemacht. Niemand wird erwarten und erwartet haben, daß die Landeskonferenz schon irgendwelche Beschlüsse oder bestimmte Bestimmungen aufstellen würde. Dazu ist weder der Ort, die Zeit noch die Zeit gekommen. Aber darauf kommt es zunächst auch gar nicht an. Das Entscheidende und die Haupt-

sache ist vielmehr der bestimmte Wille zur Einigung, welcher auf einer offiziellen Parteitagung zum Ausdruck kam und in unternehmender Geschäftsführung seinen Niederschlag fand.

Es ist eine Selbstverständlichkeit und schon oft genug betont worden, daß ein solches Problem wie die Einigungsfrage ein Frage ist, welcher nicht allein durch Annahme von Resolutionen zum Abschluß gebracht werden kann. Es sind vielmehr solche Momente, welche dabei zu beachten sind und zu ihrer Auswirkung einer geräumigen Zeit bedürfen. Doch der Anfang muß gemacht werden, weil die Einigkeit der Sozialisten schon in der nächsten Zukunft eine bittere Notwendigkeit sein wird. Das Warum? braucht hier nicht näher erörtert zu werden, die Später weisen es ja bereits von dem Dämon.

Bei der gestrigen Debatte in Leipzig, welche sich an die politische Konferenz angeschlossen, und in der die Einigungsfrage einen breiten Raum einnahm, hat es natürlich nicht an Nebenbei gesagt, die nur die Einigkeit, bei einer tüchtigen Beschlusfassung seien und demgemäß in Bezug darauf bestimmlig herbeizuführen. Natürlich ist es jedenfalls, nur davon zu reden, daß man sich der Gegenwart, nicht an den Hals werfen“ will. Derartige Redensarten sollten viel einfach nicht mehr ergriffen werden. Die Gegenwart und das Schicksal der Arbeiterklasse sind zu bedeutsam, als daß wir lediglich mit moralischen Gesichtspunkten an die Einigungsfrage heranzutreten können. Das zwingende „Muss“, geboren aus dem Glanz unserer Zeit, ist allein entscheidend. Die Güte der Partei wird keinesfalls berührt, wenn wir immer wieder die proletarische Einigkeit als das jetzt erprobteste Mittel propagieren. Und wenn wir das tun, dann gewiß auch nicht der schönen Augen der Unabgängigen halber, sondern weil es eben gar nicht mehr anders geht, wenn das zartere des Sozialismus weiter energisch gemacht werden soll.

Soeben man magt in einem Artikel des letzten „Vorwärts“ im folgenden trefflichen Worten: „Ich weiß, daß ein Zusammenstoß der deutschen Arbeiterbewegung nur möglich ist auf dem Boden der Demokratie. Aber da alle Klassenbewußten Arbeiter den Sozialismus wollen und dieser nur auf demokratischem Wege zu erreichen ist, wenn nicht mehr geschlagen werden soll, als in Jahrzehnten wieder angebauet werden könnte, so ist die Einigung der Arbeiter gewiß kein unmögliches Ereignis.“

Wollen die Arbeiter wieder hartnäckig, bis irgendein Diktator sie zwingt, zusammenzugehen, um die Republik zu retten?

In der Politik heißt es vorausehen. Die Reaktion ist eifrig am Werke. Ich warne vor politischer Vertrauenslosigkeit und rufe den Arbeitern zu: „Einigt Euch!“

Siehe die Einigung

wurde gestern nach Debatte einstimmig angenommen:

Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Sachsens erklärt im Einigkeitsrat der nach den Grundgesetzen der Sozialdemokratie aufzubauenden deutschen Republik die Staatsform, durch die die Weistungsfähigkeit des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis auf das höchste gehalten werden kann und die in ihren Wirkungen dem gesamten Volke unbeschneidet zugute kommen soll.

Die Zustimmung beider sozialistischer Parteien zum Ultimatum und die Sozialpartei von Großkapital und Reaktion bei der Abwicklung der Wahlen auf die Schultern des arbeitenden Volkes zwingen auch die Arbeiterklasse zur Festhaltung einer einheitlichen Einheitsfront.

Die gemeinschaftliche Regierungsarbeit beider sozialdemokratischen Parteien in Sachsen hat bewiesen, daß die theoretischen und praktischen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden könnten.

Die Landeskonferenz befindet sich deshalb den besten Willen, die von den beiden sozialistischen Parteien gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern und schlägt deshalb vor, nichts unversucht zu lassen, am nicht nur im Landtage, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Bis zur Errichtung dieses Zieles werden Parteileitung und Fraktion ihre Tätigkeit entsprechend dem Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Beschlüssen ihrer Parteitage im Interesse der gesamten wertigen Bevölkerung entfalten.

Bei einer Veränderung der politischen Lage, gleichwie in welcher Form, ist eine außerordentliche Landeskonferenz einzuberufen.

Eggerer, Dresden, Arzt, Felsch, Müller, Franz, Auerbach-Chemnitz, Meier, Zwickau, Gagen-Leipzig.

Resktion der Kriegsratsstelle in Frankreich. Ein von der sozialistischen Kammerfraktion eingebrachter Antrag will die Resktion aller Urteile durch einen besonderen Gerichtshof erlangen, die während des Krieges oder später vor Gerichtstrafen über Kriegsvergehen erlassen wurden und auf Todesstrafe oder auf entehrende Strafen lauteten.

Saison-Ausverkauf H. Huth & Co.

In allen Abteilungen enorme Vorteile
Bar-Verkauf Nur hochwertige Waren zu niedrigen Preisen **Kein Umtausch**

Einige Beispiele Preiswürdigkeit	Damenhemden	ab M. 21.-	Normal-Hemden	ab M. 23.-	Damenstrümpfe	ab M. 675	Baßseide	ca. 70 cm breit, Meter ab M. 45.-
	Damenkleider	ab M. 22.-	Normal-Hosen	ab M. 15.-	Herrensokken	ab M. 550	Seiden-Balßt	ca. 130 cm breit Meter ab M. 39.-
	Herrenoberhemden	ab M. 70.-	Normal-Unterjacken	ab M. 10.-	Herrenschirme	ab M. 38.-	Herren-Filzhüte	ab M. 35.-
		Perkal mit Kragen u. Manschetten						

Krieg und Frieden.

Rom, 2. Juli. (W.F.) Infolge eines Zwischenfalles in Grotto, wobei die Kommunisten einen Faschisten aus Siena einen ehemaligen Hauptmann getötet haben, rüsten etwa tausend Faschisten aus Rom, Triest und Grotto, um eine Strafexpedition auszuführen. Trotz der auf sie abgegebenen Schiffe förderten die Faschisten die Arbeitsarmee, die Druckerei einer kommunistischen Zeitung und ein den Kommunisten gehöriges Haus völlig. Infolge der großen Anzahl der Faschisten war es der Polizei nicht möglich, das Anheft abzumenden. Dabei gab es auch zahlreiche Verwundungen.

Rom, 2. Juli. (W.F.) Die Zeitungen bestätigen, daß ein Friedensabkommen zwischen Faschisten und Sozialisten unterschrieben worden wird. Dieser Friedenspakt sieht die Einrichtung von Schiedsgerichten vor und die Verpflichtung, die gegenseitigen Meinungen zu achten. Die Sozialisten verpflichten sich die patriotischen Gefühle der Faschisten zu achten und sich jeder antinationalen Propaganda zu enthalten. Die Zeitungen besprechen diese Erklärungen und schreiben, daß diese Verhandlungen die Aufgaben des neuen Kabinetts Bonomi gewaltig erleichtern werden.

Die Regierungsbildung in Italien.

Rom, 2. Juli. De Nicola ist es nicht gelungen, ein Kabinett zusammenzubringen. Nunmehr hat der König Bonomi beauftragt, die Regierung zu bilden. Bonomie ver-

handelt zurzeit mit der Partei der „Popolari“, den Christlichen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird unterm 3. Juli aus Rom gemeldet: Die Kabinettsliste hat eine neue überraschende Wendung genommen. Bonomi hat sich mit den Popolari geeinigt, die drei Portefeuilles, mehrere Unterstaatssekretäre und besondere Garantien in der Schulfache sowie gegen die Ehebindung bekommen. Das Zustandekommen des Kabinetts wird für Montag erwartet. Dieses würde außer den Popolari hauptsächlich die bürgerliche Linke repräsentieren. Nur die nationalpolitische Rechte opponiert, weil Bonomi der Unterhändler in Kapasolo war. Das innerpolitische Programm Bonomis umfaßt den Ausbau des Genossenschaftswesens, Schöpfung eines Arbeitsparlamentes, Beamtenreform und den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Polen und die preussischen Domänenpächter.

Die polnische Regierung hatte Mitte Mai allen Pächtern ehemals preussischer Domänen in den abgetretenen Provinzanteilen von Polen und Westpreußen die Aufforderung ausgehen lassen, die Domänen zum ersten Juli zu räumen, ohne ihr Wirtschaftsinventar mitnehmen oder veräußern zu dürfen; der Wert des Inventars werde von der polnischen Regierung abgelöst und in polnischer Währung vergütet werden. Jetzt melden polnische Blätter: Die für den 1. Juli beabsichtigte Exmission bisheriger Domänenpächter kann noch nicht ausgeführt werden, weil entsprechende

Gerichtsurteile noch nicht erlassen sind. Die Uebergabe an neue Pächter wird daher bis zur Erlassung der Urteile ver- zögert.

Es ist wohl kaum nötig darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung sofort diplomatische Schritte unternommen hat, um die ungeheure Härte und Ungerechtfertigkeit, die in diesem Vorgehen der polnischen Regierung liegt, zu mildern, wenn sie daselbe schon nicht verhindern kann.

Notizen.

Präsident Harding unterzeichnete die Friedensresolutionen mit Deutschland und Deutschland.

In Larnowig sind englische Quartiermacher eingetroffen, die für eine am 4. Juli hier eintreffende große englische Truppenabteilung Unterkunft vorbereiten.

Eine Biersteuermillionspende. Reichspräsident Ebert hat für das oberste Reichsgericht 1/4 Million Mark gespendet. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 4. bis 10. Juli ds. Js. zum Preise von

310 Mark für ein Zwanzigmarkstück
155 Mark für ein Zehnmarkstück
Für ein Fünf Markstück gab die Reichsbank 43 500 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Wilhelm Rausche, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog, beide in Halle.

W. F. Wollmer, Gr. Ulrichstrasse 6-8.
Gegr. 1769.

Saison-Ausverkauf

Nur Waren bester Qualität
zu billigsten — herabgesetzten — Preisen.

Licht & Spiele
Gr. Ulrichstr. 51 Telefon 4681
Nur noch bis Donnerstag
Das mit größtem Erfolg aufgenommene
Doppel-Programm
„Der Brand im Varieté Mascotte“ oder
Die Katastrophe in der Brautnacht
Ein gewaltiges Sitten-Drama
grosse ergreifende u. spannende Akte 6
Der grosse Hata Nielsen Schlagert!
„Das Ende vom Liede“
Ein Gesellschafts- und Sitten-
Schauspiel in 5 Akten.
Beginn: 4.00
6.15 8.25
Ulrichstr. 51
Im Herzen der Stadt

Neu erschienen!
Zwei Jahre MORD
von E. J. Gumbel.
Ergebnisse des Ausschusses zur Prüfung des Verhaltens der Offiziere während des Kapp-Putsches. Mit Tabellen über die in den letzten zwei Jahren vorgekommenen politischen Morde.
Ein wichtiges Handbuch für Funktionäre der Arbeiterbewegung.
Preis 6,— Mark. Porto 80 Pfennig.
Zu beziehen durch:
Buchhandlung der Volksstimme
Grosse Ulrichstrasse 27
sowie durch sämtliche Austräger der Volksstimme.

Ab heute bis
Donnerstag
letzter Teil.
Wie:
Das Mädchen
Ackerstr.
aus der
O.T.
Steinweg 12.

Stadttheater.
Dienstag, den 5. Juli 1924.
Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.
Der Rosenkavalier.
Octavian: Hermann Kappel-Schunke,
Genoveva: Gertrud Kappel-Schunke,
Marschallin: Charlotte Viereck-Kimpel,
Dresden.
Ochs: Kammerkantor Ludwig
Ernold, Dresden.
Mittwoch:
Der Vogelhändler.

Bereins-Anzeiger
zur
Schmähgabe kommunistischer Verfassungen
der Sozialdem. Partei.
Verkehrsverband Halle. Hauptbüro: Poststr. 12, Halle.
Halle: Zimmer 38. Herrn. Kumpmann, Kassier.
Ferner für die dem. Wagn. deutsch. Gewerkschaften
und angehörenden Gewerkschaften sowie bei
auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden
gesetzlichen Vereinen.

UT
Leipziger Straße 88 Fernruf 1224. Alte Promenade 11a Fernruf 5738.
Das große Doppel-Programm!
Eva May
als
Die junge Mama.
5 lust. Akt. v. Erwin Baron.
Vorführ.: 4.00 6.20 9.00.
Der unsichtbare Gast.
Nach der gleichnamigen
Novelle von Josef Singer.
Spannendes Detektiv-
Schauspiel in 5 Akten.
In den Hauptrollen
Wih. Diegelmann, Her-
mann Pflüch, Heinrich Peer
Vorführung: 5.15 8.00.
Infolge der Länge des
Programms letzte Vor-
stellung pünktl. 8 Uhr.
Beginn 4 Uhr.

Lederklappen
von gebrauchten Sätteln sowie andere Lederabfälle, Aus-
schnitt in großen Mengen verkauft preiswert
Sternlicht, Ritter Markt 15, Telefon 1388.
Unter Herstellungspreis!
Nur Mk. 100.— franko Nachnahme, diese 4 Rein-
Aluminium-Rochtöpfe
Kein Risiko! — Umlaufzeit.
Metallwaren-Manufaktur, G. m. b. H.,
Holthausen bei Plettenberg Nr. 26.

Bei krankh. Störungen u. Störungen der Uter-
inisation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen
Jahren erprobten echten Menstruationsstopfen
„Frebar“, egrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppel-
reihen erprobter in Verbindung mit Frebar-Pulver
oder Frebar-Zee. Erfolgreich in allen größeren Apo-
theken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Haupt-
depot: Adler-Apothek, Geilstr. 15; Sanitäts-
Depot, Leipzigerstr. 11; E. Reiffers, Leipziger-
str. 10; Schillingstr. 11; E. Steppenhagen, Gr. Ulrichstr. 41.
H. W. Walzger, Markt, Gr. Ulrichstr. 30.
Albert Edmann, Steinweg 46/47, Fritz Speer,
Gr. Ulrichstr. 63.

Ammendorf. Dienstag, den 5. Juli, 7 1/2 Uhr.
Freitag im „alten Adler“ der
Reichstagsgebäude Genossenschaft des Un-
terbetr. über Deutschlands Lage und die kom-
munistische Republik. Frauen und Männer,
sorgt für einen Massenbesuch. Der Vorstand.
Merfeldberg. Dienstag, den 5. Juli, in Partei-
haus des Nationalrats. Kritiken aller Genossen
und Genossinnen ist Pflicht. Der Vorstand.
Grüßenhainichen. Die nächste Monatsver-
sammlung findet am Dienstag, den 12. Juli, im
Schützenhaus statt. Kritiken aller Genossen
und Genossinnen ist Pflicht. Der Vorstand.

Walhalla-Theater.
Täglich
Gustav Bortman — Marga Peter
in
„Gänseleberpastete“.
Stärklicher Lacherfolg.
Tagesskisse 10—1 und ab 6 Uhr.
Beginn 7 1/2 Uhr.

Soeben erschienen:
Die deutsche Revolution
ihre Entstehung, ihr Verlauf und ihr Werk
eine Geschichte des Werdens der deutschen Republik von
Eduard Bernstein
Leicht kart. Mk. 15.—, in Halbleinen geb. Mk. 20.—,
Porto 80 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27,
und sämtliche Austräger.

Wanzen und Brut
verlief reslos nur Kammerjäger Berg's Nicodsal.
Erfolgreich verblühend. Kinder. anzuw. Dankschreib
von überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolgreich in allen Drogerien und Apotheken und bei:
Karl Kubant, Gr. Ulrichstraße 51
sonst portofrei bei Hermann G. Groesel, Berlin,
Königsplatzstraße 49.
Erfinder
Patentverträge
Leipzig, Hauptstr. 31
Modernität — Annehmlichkeit
Anschaffung — Metallarbeiten
Kaufgeuche
2 gebrauchte
Mandolinen
und eine Gitarre zu kaufen
geboten. Offerten mit Preis
unter H. T. 100 an die
Expeditio dieser Zeitung.

Dauerhafte Geldscheintauchen
in zu, über
und jeder
Ausführung 11
jebr preiswert,
H. Krasemann
Seherstr. 20, Leipzig.
Schluss der Anzeigen-
annahme 9 Uhr.
Unwinn
der
wur
Kre
Wu
dem
mb
bau
Kar
non
W
Res
192

Partei-Angelegenheiten.

Fransengruppe der SPD. Dienstag, abends 8 Uhr, wichtige Vorstandssitzung bei Wilsdorf, Karlsruferstr.

Halle und Gaulekreise.

Halle, 4. Juli 1921.

Abde-Verammlung verhandelt.

Wegen Verlagerung der Reichstagsperiode fällt die für morgen, Dienstag, angelegte Versammlung, in der Reichstagspräsident Paul Loebe sprechen sollte, aus.

Die erste Hauptversammlung der Freien Volksbühne, Halle

am Mittwoch, den 28. Juni, faste, bot das Bild einer einmütigen erfolgreichen ersten Jahresarbeit...

Zur den engulitigen Vorstand wurden von der Versammlung folgende Damen und Herren gewählt:

Die dritte Vorstandsguppe, der ledigledrige Obmannauswahs der Vertrauensleute wurde von den in der Versammlung gewählten vierzig Vertrauensleuten in den Gesamtvorstand einfließen.

Der Mittelliedsbeitrag für das kommende Jahr wurde bei 6 Mark belassen, dagegen hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Beitrag für die Vorkstellungen auf 4,30 Mark einzuschließen...

Für die kommende Spielzeit wurden umfassende organisatorische wie künstlerische Ziele gesteckt. Vor allen Dingen wird es sich der Vorstand angelegen sein lassen, für die Schaffung günstigerer Plätze im Pallast, möglichst für eine feste nach hinten zu erhöhte Bestuhlung zu sorgen.

Eine Zählung.

Die Sondergerichte übten bis zum heutigen Tage ihren Dienst „der Gerechtigkeit“ an 10 bis 15 Zentren aus, unter denen Nordhausen, Halle und Torgau wegen ihrer besonders ominösen Urteilsbegründungen nicht gerade rühmlich bekannt sind.

Statt dessen lebt ein immer größerer Zustrom von den anderen Sondergerichten ein. Alle Gefangenen, die vor

den anderen Kammern abgeurteilt werden sollten, werden nun nach Halle gebracht und dort in Kaufs und Bogen vor den Gerichtshof zitiert, so daß oft 15 bis 20 Angeklagte die Anklagebank bevölkern.

Aber außerdem liegt noch eine grobe Täuschung vor. Alle Sondergerichte außer Halle werden aufgehoben und die dort inhaftierten Gefangenen nach diesem einzigen noch fort dauernden Gerichte verbracht.

Sondergerichte.

Das Hallische Sondergericht, das nun den ganzen Aukturm gefangenem Kommunismus auf die Anklagebank - dieser Aukturm ist allerdings nicht sehr freiwillig!

Vor der ersten Kammer, die unter dem Vorhild des Amtsgerichtsrates Bauer stand, erschien der Angeklagte Matwald, dem neben anderen durch Rötting ein Gesuch in die Hand gebracht wurde, das er aber nur während der Dauer des Zwanges beistell und kurze Zeit hernach fortwarf.

Der Arbeiter Heinrich Viermann aus Wansleben, der auch Betriebsrat ist, wurde des Hochverrats (11) angeklagt.

Vor der zweiten Kammer, die unter dem Vorhild des Amtsgerichtsrates Bauer stand, erschien der Angeklagte Matwald, dem neben anderen durch Rötting ein Gesuch in die Hand gebracht wurde, das er aber nur während der Dauer des Zwanges beistell und kurze Zeit hernach fortwarf.

Die Angeklagten Wärvinkel und Reubert, beide aus Leutzschenthal, haben sich an demselben Orte im Wärdenhof der Roten Armee eingeschlossen. Wärvinkel und Reubert glauben sich. Trotzdem sagt der rechte Weisiger, der sich überhaupt durch nicht sehr vorteilhafte Bemerkungen hervorwagt.

Die Angeklagten Wärvinkel und Reubert, beide aus Leutzschenthal, haben sich an demselben Orte im Wärdenhof der Roten Armee eingeschlossen. Wärvinkel und Reubert glauben sich. Trotzdem sagt der rechte Weisiger, der sich überhaupt durch nicht sehr vorteilhafte Bemerkungen hervorwagt.

Winkel zu 1 Jahr Gefängnis, Reubert zu 16 Monaten Gefängnis.

Der Angeklagte Brömme aus Eisdorf, der für die Rote Armee ein Militärgeheiß in Gersdorf gehabt hat, wurde wegen Hochverrats, gegen das Entwaffnungsgesetz zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, doch wurde ihm Strafaussetzung mit dreijähriger Bewährungsfrist zugesprochen.

Vor der dritten Kammer sollte ein schwerer Bankrotendurschneidungsprozess gegen den Angeklagten Schumann aus Gersdorf verhandelt werden. Da aber dem Angeklagten von einem durch die Aktion in Mitteldeutschland gewonnenen Rittergutsbesitzer ganz haushaltende Dinge zur Last gelegt werden (unter anderem soll er gerufen haben: „Wer nicht raubt und fengt und plündert ist kein richtiger Kommunist!“) und diese Mißhandlungen noch nicht geklärt und von anderen Zeugen bestritten sind, gelangt die Verhandlung zu keinem Ergebnis.

Wenn zwei sich streiten.

erfährt der Dritte oft mangelhaft interessante Dinge. Die „Halle'sche Zeitung“ hat sich in einer interessanten des Deutschnationalen Parteivertrags ein „Vertrauensvotum“ ausstellen lassen und läßt aus diesem Anlaß eine mächtige Mißbilligung gegen das von „Jüdischem Geld“ unterhaltene Organ der Gelbdeutschen, die „Allgemeine Zeitung“ los.

„Uns sind die „deutschnationalen“ Persönlichkeiten überaus recht gut bekannt, welche die „Allg. Ztg.“ wiederholt (11) darum gebeten haben, darauf hinzuwirken, daß zwischen der Deutschnationalen Partei und der hiesigen „Halle'schen Zeitung“ feindliche (11) Zusammenhänge bestehen.“

„Als sind die „deutschnationalen“ Persönlichkeiten überaus recht gut bekannt, welche die „Allg. Ztg.“ wiederholt (11) darum gebeten haben, darauf hinzuwirken, daß zwischen der Deutschnationalen Partei und der hiesigen „Halle'schen Zeitung“ feindliche (11) Zusammenhänge bestehen.“

„Neben diesen „Offenbarungen“ ist nicht von minderm Interesse, was Herr Schriftleiter H. Böttcher in seinen Ausstellungen über die „Parteiorgane“ zum besten gibt. Es heißt da u. a.: Mit dem Prinzipio des „Halle'schen Zeitung“ befindet Herr Leopold ist Direktor der Riebeck'schen Wollmanufaktur, die einen wesentlichen Teil des Geldes gegeben haben, den die „Allg. Ztg.“ neuerdings wieder erhalten hat.“

Ein schlechter Vogel!

In der „Allgemeinen Zeitung“ finden wir nachstehende Erklärung: „Ein beleidigendes Schreiben des Herrn Hellmut Böttcher an den Herrn Reichstagsabgeordneten Leopold gibt dem Landesverband Merseburg der Deutschnationalen Volkspartei Veranlassung, zugleich im Namen der betroffenen Persönlichkeiten dieser Partei, folgende Erklärung abzugeben.“

Advertisement for Brummer & Benjamin featuring a large 'S' logo and a list of clothing items for sale at reduced prices. Items include Hemdbluse, Batistbluse, Damenkleidung, Wäsche, etc.

Grosse Ulrichsgrasse 22-24.



Halle
Restaurants, Kaffees, Vergnügungen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr. Weinstuben, Gr. Ulrichstr. 39.

3 Könige, A. Strelcher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7. Konzert- und Künstlerhaus. Auftreten erster Kräfte. Anfang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar, Gr. Ulrichstr. 44. Täglich Künstler-Konzert. Telefon 4313. Benno Krüger.

Promenaden-Kaffeehaus Café Roland am Leipziger Turm. Täglich Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater Schmeerstr. 5. Telefon 2063. Albert Buhlmann.

Modernes-Theater Neue Promenade 9, ehem. Kaiser-Wilhelmhalle. Täglich Kabarett-Varieté. 7 Uhr. Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté. Sonntags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

Both's Bunte Bühne Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr. Direktion Rich. Both. Fernruf 1066. Erweitertes Kabarett am Platze 1. und 16. Programmwechsel.

Restaurant „Dachrinne“ Mittelstraße 18. Paulchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kaufhaus Schmeerstrasse 5, nur 1 Treppe. Beste u. billigste Bezugsquelle in Aussteuer-Wäsche, Hemden für Herren und Damen. Jeden Dienstag: Sonderverkauf zu Engrospreisen.

System Konkurrenzlos, Inhaber: Jakob Kriwit. Herren-, Knaben- und Arbeiterbekleidung. Leipzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S., Markt 11. En gros. Spezialgeschäft für Tuche und Schneiderartikel.

A. Boenning, Steinweg 18. Woll-, Weiss- und Kurzwaren, Trikotagen, Kleiderstoffe, Busen, Kleiderstoffe.

P. Wolff, Telefon 4315, Steinweg 20a. Manufaktur-, Weiss- und Wollwaren.

Gustav Reinsch, Herren-Konfektion, Markt 25.

S. Biletzky, Günstiges Angebot in Leinen und Baumwollwaren. en gros. en detail. Leipzigerstr. 103, 1. Etg.

Gustav Grimm, Steinweg 38. Kurz-, Weiss- u. Wollwaren, Trikotagen, Strumpfwaren, Handschuhe, Herrenartikel.

C. Barthel, Feine Herrenartikel. Leipzigerstr. 14.

Phil. Högl, Hutmacherei, Kl. Ulrichstr. 21.

F. A. Otto, Wäsche- und Leinenhandlung, Marktplatz 11.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt Paul Blau, Schmeerstrasse 22.

Franz Schmidt, Spezial-Damen-Putz, Geiststrasse 15 (Adler-Apotheke). Telefon 4568.

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstrasse 15. Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze Untere Gr. Steinstrasse 13.

Schuhhaus Roland Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebrüder Oehlenschläger, Schuhwarenhaus, Leipzigerstrasse 16.

Schuhhaus Günther Grosse Ulrichstrasse 50 — Telefon 5571.

Lebens-u. Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht Obere Leipzigerstrasse 61-62. Feinste Konfitüren u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H. Schokolade, Zuckerwaren. Filialen in allen Stadtteilen.

Heinr. Doller, Leipzigerstrasse 64. Versandhaus für gute und billige Lebensmittel.

Libelle! Kleinkunst-Bühne

Alte Promenade II, Tel. 6492
Dir.: Erich Diester.
Jeden 1. und 15. neue Kunstkräfte.

Leonhardt & Schlesinger
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter des Int. Möbel-T-V. für Halle und Umgegend, Ludwig-Wucherer-Str. 30, Fernruf 6256. Möbeltransport — Verpackung — Lagerung.

Teichers Möbelgeschäft, Große Steinstrasse 32, 1. Fernsprecher 3878. Einzelne Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen — auch gebrauchte Ausrüstung billig.

Gebr. A. & H. Loesch Gr. Ulrichstrasse 30, Steinweg 30, Fernruf 1913. Wollwaren — Trikotagen — Herrenartikel.

Alb. Fritsche, Taubenstrasse 25. Telefon 6839 und 4458. en gros **Lederhandlung** en detail **Massestepperei**. Ständig grosses Lager aller Ledersorten für Schuhmacher, Sattler, Pantionen- und Pantoffelmacher, technische Leder, Treibriemen, Möbelleter, Taschnerleder etc.

Moritz Kade Nachfolger Gross-Destillation und Weinhandlung Charlottenstrasse II. Gegründet 1841.

Max Ott Steinweg 26. Drogen, Farben, Parfümerien.

Kaufe bei Alex Michel.

Abfahrt der Züge Halle-Magdeburg, Halle-Leipzig und zurück.

Magdeburg	ab	5:44	7:00	7:38	10:04	10:40	1:26	4:20	6:48	7:28	9:04
Cöthen		6:11	7:34	8:13	10:39	11:15	1:51	4:45	7:13	7:53	9:29
Stumsdorf		6:11	7:34	8:13	10:39	11:15	1:51	4:45	7:13	7:53	9:29
Halle	ab	5:40	6:57	7:35	10:01	10:37	1:23	4:17	6:45	7:25	9:01
Schkeuditz	ab	6:10	7:27	8:05	10:31	11:07	1:53	4:47	7:15	7:55	9:31
Leipzig	an	6:45	8:02	8:40	11:06	11:42	2:28	5:22	7:50	8:30	10:06
Leipzig	ab	4:42	6:01	6:39	9:05	9:41	12:27	2:16	4:44	5:24	7:00
Schkeuditz	ab	5:11	6:30	7:08	9:34	10:10	12:56	2:45	5:13	5:53	7:29
Halle	ab	5:42	7:01	7:39	10:05	10:41	1:27	3:30	5:58	6:38	8:14
Sumsdorf	ab	6:08	7:27	8:05	10:31	11:07	1:53	4:47	7:15	7:55	9:31
Cöthen	ab	7:14	8:33	9:11	11:37	12:13	2:59	5:53	8:21	9:01	10:37
Magdeburg	an	8:00	9:19	9:57	12:23	12:59	3:45	6:39	9:07	9:47	11:23

Abfahrt der Züge Halle-Halberstadt-Hildesheim und zurück.

Halle	ab	4:48	7:50	11:16	1:48	5:04	8:20	11:36	1:08	4:24	7:40	10:56
Halle-Trotha	ab	4:42	7:44	11:10	1:42	5:08	8:24	11:40	1:12	4:28	7:44	11:00
Könnern	ab	4:54	7:56	11:22	1:54	5:20	8:36	11:52	1:24	4:40	7:56	11:12
Sandersleben	ab	5:06	8:08	11:34	2:06	5:32	8:48	12:04	1:36	4:52	8:08	11:24
Halberstadt	ab	5:18	8:20	11:46	2:18	5:44	9:00	12:16	1:48	5:04	8:20	11:36
Hildesheim	an	10:57	2:12	5:38	9:04	12:30	3:56	7:22	10:48	1:14	4:40	8:06

W. bedeutet: Verkehr nur Werktags. Die fettgedruckten Ziffern bedeuten D- oder Schnell-, alle anderen Personenzüge. Letztere halten auf allen Zwischenstationen.

SONDERANGEBOT in BERUFSKLEIDUNG

Hosen aus Militär-Drell 45⁰⁰

Arbeitshemden gestreift 37⁵⁰ *aus Markt.*

D. D. Wipf

Paul Richter Steinweg 53. Telefon 2079. Kolonialwaren : Spirituosen : Wein Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick Leipziger Kolonialwaren Spirituosen Weine. Strasse 38.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander Kolonialwaren — Drogerie Lessingstr. 26. Telefon 6340.

Otto Thürmer Kolonialwaren Weine Delikatessen Telefon 5142 — Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Rink Delikatessen und Weinstube Leipzigerstrasse 2 — Telefon 6414.

Paul Schliack Nachf., Inh.: Otto Stawenow. Bind- u. Schweineschädlerei, Würstfabrik. Spezialität: Ausschnitt feiner Fleischwaren. Hallesche Rot- und Leberwurst. Telefon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse Brandstättler & Langemark. Hauptgeschäft: Leipzigerstr., Neue Promenade 16. Zweiggeschäft: Deltitzscherstr. 3 (Preußenhof). Fernspr. 1497-4001. Beste Bezugsquelle für Wiederverk.

„Brasella“ Zigarettenfabrik. Berlinerstrasse 6. — Telefon 3227. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg Tabakfabrikate — Grosshandlung. Gr. Ulrichstrasse 27. Fernsprecher 4624. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstrasse 68. Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstrasse 32. nebst. d. Viktoria-Apotheke. Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken. Tel. 5190.

Fr. Hutzelmann Inh.: Karl Dannenberg. Zigarren- und Tabak-Handlung. Berliner Strasse 3a.

Leipziger Tabakhaus Telefon 4721. LETACO G. m. b. H. Hauptgeschäft: **Mauerstr. 1** am Franckeplatz. 2. Geschäft: **Kohlshütterstr. 1**, Eingang Reistr. 3. Geschäft: **Triftstrasse 5**. Gewaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten. Besonders große Spezialität: **Rauchtabak.**

Karl Schneider, Gr. Ulrichstr. 25. Ecke Alte Promenade. Zigarren-Spezial-Geschäft. Tel. 2339.

G. Hennicke, Zigarren-Börse. Billig und gut. Berlinerstrasse 32, gegenüber der Turnhalle.

Emil Friedrich, Zigarren-Versandhaus en gros en detail. Friesenstrasse 22. Telefon 2721.

Max Schurig, Zigarren, Zigaretten - und Tabake. Friedrichsplatz 4, Ecke Albrechtstrasse.

Tabakbörse Kurt Hafermalz, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Preiswert und gut. Kohlshütterstrasse 9.

Paul Schmidt, Zigarren- u. Zigaretten-Importhaus. Geiststrasse 22. Telefon 4819. Triftstrasse 5.

G. Schnabel, in Paul Hafermalz, Fluss- u. Seefischhandlung. Telefon 2728. Nur Bernburgerstr. 17.

Alfr. Nürnberger Obst und Südrüchte. Leipzigerstrasse 45.

Karl Brühl, Zigarren, Zigaretten, Tabake. Sternstrasse 5.

Tabakhaus Albrecht. Geiststrasse 15.

F. W. Gruppe, Marktplatz 15. Zigarren, Postkart, Romane.

Moritz Rosewitz, **Herren-Artikel**, **Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.** Steinweg 7.

Herbert Winkler Nachf. Inhaber: Otto Arik. Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import Dessauerstrasse 2, am Rosengplatz.

G. Fehling Billigste Bezugsquelle für Tabak-Fabrikate. Gr. Steinstrasse 84.

Allgemeines

N. Fuchs Möbelhaus Gr. Ulrichstrasse 58 I., II., III. Etage. Fernruf 1218. Ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl. Auf Wunsch bezugsquelle für Teilzahlung. Kredit auch nach auswärts.

Möbelhaus Th. Pollack, Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schirron Möbelhaus in Kleine Ulrichstrasse 84.

H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling. Möbelhaus, Fleischerstr. 30/31. Telefon 2382. Geogr. 1833. „Retormbad“, Kl. Klausstr. 14. Licht- u. Wasserbehandlung, mod. Bäder, Massage.

Fahrrad Krause, Fahrräder u. Ersatzteile. Eigene Reparaturwerkstatt. Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Astoria. Telefon 2342.

Adler-Fahrräder Baronstraße & Co. Gr. Ulrichstrasse 12. Geiststrasse 65, Ecke Neumarktstrasse. Regenschirme, Spazierstöcke, Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischestr. 2. Farben, Lacke für den Haushalt. Emaille-Lack für Küchenmöbel. Fussbodenlackfarbe. Über Nacht trocknend (Friedens-Quackmer).

Herm. Schmidt, Geiststrasse 23. Leuer-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel.

Buchmann & Co., G. m. b. H., Dessauerstrasse 53. Fernruf 1471 u. 4637. Kohlen — Holz — Baumaterialien.

Haring & Strache, Dessauerstrasse 51. Telefon 6644. Nutz- u. Grubenböizer. Tischler- u. Glaserholz.

W. Propp & Co. G. m. b. H. Gr. Ulrichstr. 55. Fernruf 4540/6000. Möbel- u. Holzwaren. Lagerplatz: 1144.

Wilhelm Schubert's Stempelfabrik Schuler — Gravierungen — Abz. — Stempel. Leipzigerstrasse 38. — Fernruf 4228.

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipzigerstrasse 66, Geogr. 1867. Nur Qualität Solinger Stahlwaren. Schleiferei. — Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstrasse 45. Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller L. und ältestes Spezial-Stahlwarenhaus. Gr. Steinstrasse 1-2, Leipzigerstr. 20, Schmeerstr. 7-8.

Färberei Galgenberg Dampf-Wäscherei. Chemische Reinigung. — Fernruf 6595. Älteste und grösste Wäscherei am Platze. Eigene Läden.

Ludwig-Wuchererstr. 7, Landwehrstr., Ecke Markt 15, Gr. Steinstr. 56, Geiststrasse 36, Königstr. 23.

Müller's Wasch- und Plättanstalt Fleischerstr. 1, Fernruf 2545. Ecke Geiststr. Spezialität: Feine Herrensträrkewäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden“, Hermann Gericke. Fleischerstrasse 10/11. Telefon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutz. Krükenbergstrasse 7. Gegenüber den Kliniken. Telefon 5920. Eigenes Geschirr.

Curt Forberg Gas- und Wasseranlagen. Barfüsserstrasse 7. — Telefon 3390.

K. Rasi, elektr. Anlagen, Ankerreparaturen, Beleuchtungskörper. Geiststrasse 28.

H. Voss, Leipziger Strasse 1. **Verlobungsringe** Eigene Fabrikation.

R. A. Otto Herrmann, Magdeburgerstrasse 9. Grosshandlung in Manufakturwaren.

Albert Mennicke, Gr. Steinstrasse 62. Uhr- u. Goldwarenhaus. Vortelnh. Bezugsquelle all. Uhren- u. Goldwaren. Eigene Uhren- u. Goldschmiedewerkstätten.

G. Vester G. m. b. H. Bahnspedition u. Möbeltransport. Telefon 7901.

J. Braunsdorf Herrenartikel. Reistrasse 13. Ecke Ludw.-Wuchererstr.

Aug. Laue, Leipzigerstrasse 47. Wäscheleinen.

Carl Saatz Drogen, Parfümerien, Bürstenwaren. Rannischestrasse 6.

Walter Köhn Steinweg 8, Zuckerwaren.

E. Richter Nachf. Seilen und Parfümerien. Leipzigerstrasse 60.